

Protokoll BEA Sitzung am 14. März 2017

Begrüßung durch Sitzungsleitung Thomas Breddermann und Stephan Guerra Nunez.

Top 0: Genehmigung der Tagesordnung und Protokollkontrolle

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen, schriftliche Änderungsanträge lagen nicht vor.

Die Annahme des Protokolls der letzten BEA-Sitzung wurde verschoben.

Top 1: Die Einzugsbereiche sollen geändert werden. Welche Auswirkungen ergeben sich dadurch für die Schulen?

Sitzungsleitung erklärte, dass Frau Zeipelt vom Schulamt nicht zur Verfügung stand. Es folgte eine Einleitung in die Problematik. Der Neuzuschnitt der Einzugsbereiche in SO 36 wurde notwendig, da die E.O. Plauen Grundschule 2013 vom Netz genommen worden war. Inzwischen hat sich die Bedarfssituation durch Zuzug nach F-K jedoch dramatisch geändert. Ein Neuzuschnitt der Einzugsbereiche in der Schulregion wurde erforderlich, um eine gleichmäßige Verteilung der Kinder an die verbliebenen vier Schulen zu erreichen. Dabei handelt es sich um einen reinen Zählvorgang, die Kinder werden blockweise zugewiesen. Die steigende Anzahl von Schulanfängern führt zu mehr Zügen und zu Klassengrößen jenseits der 24 Kinder je Klasse. Durch die Verdichtung entfallen bis dato übliche Minderungen in der Klassengröße für Kinder mit Förderbedarfen sowie bei erhöhter Anzahl von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache und Kindern mit Lernmittelbefreiung, so dass Förderungen von benachteiligten Kindern oder Inklusion nicht mehr realisiert werden können. Auch pädagogische Ausrichtungen lassen sich in dieser Situation nicht verwirklichen. Die Verdichtung betrifft zudem den gesamten Bezirk F-K, nicht nur SO 36. Absehbar ist, dass diese Problematik sich wegen kontinuierlich wachsender Schulanfänger-Zahlen, denen der Bezirk Schulplätze zur Verfügung stellen muss (Gewährleistung der Schulpflicht), noch verschärfen und letztlich in einigen Jahren auch auf die weiterführenden Schulen zukommen wird. Diese müssen daher ebenfalls in die Betrachtung einbezogen werden. Die Diskussion ergab, dass zu lange Schulwege zu weiterführenden Schulen vermieden werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde die Frage erläutert, welche Fahrtzeiten für diese Kinder zumutbar sind. Thomas erklärte

sich bereit, diese Frage zu klären, eine erste Internet-Recherche ergab, dass Verwaltungsgerichtsurteile auf Fahrtzeiten zwischen 40 und 50 Minuten hinauslaufen.

Insgesamt liegt ein Interessenkonflikt vor, da die Eltern des Bezirks einerseits solidarisch sein wollen, andererseits aber auch die Qualitätsverluste an den Schulen und ihrer pädagogischen Ausrichtungen keinesfalls hingenommen werden können.

Schulneubauten wurden als unbedingt notwendig angesehen, allerdings gäbe es in Kreuzberg kaum freie Flächen. Freiflächen, sofern vorhanden, müssten aus privater Hand zurückgekauft werden. Auch bisher undenkbbare Varianten könnten eine Alternative darstellen und sollten kein Tabu sein (z.B. Dragoner Areal, Rigaerstr. 71)

Ansprechpartner bezüglich Grundstücke für Schulneubauten ist im Fachbereich Stadtplanung Herr Peckskamp (Leiter).

<http://ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/formular.254988.php>

Daneben wurde erörtert, dass vom Netz genommene Schulen reaktiviert werden müssten. Hier bietet sich insbesondere die Gerhart-Hauptmann-Schule an, aber auch die Reaktivierung der E.O. Plauen. Verdrängungen sinnvoller Nachnutzungen sollten zwar verhindert werden, aber die Machbarkeit muss dennoch unbedingt kritisch geprüft werden.

Im Folgenden wurde die Frage erörtert, wie ausreichend Handlungsdruck auf die Verwaltung aufgebaut werden kann.

Überwiegend wurde öffentlicher Protest als Maßnahme befürwortet, konkrete Protestaktionen wurden jedoch nicht geplant.

Zudem müssen sich Schulen in betroffenen Schulregionen vernetzen (Beispiel Verbund Weddinger Schulen), um zu verhindern, dass einzelne Schulen gegeneinander ausgespielt werden.

Thomas sagte zu, die entsprechenden Schulen zu informieren.

Mögliche Klagen wurden als nicht erfolgsversprechend eingeschätzt.

Wegen Zeitmangels wurde die Diskussion beendet.

Top 2: Sonstiges

Eine Mutter erkundigte sich, ob es an anderen Schulen auch Diskussionen um nachmittägliche Bezahlangebote gäbe und wie die betroffenen Eltern

damit umgehen. Problem sei die Ausgrenzung von Kindern, deren Eltern diese Angebote nicht finanzieren könnten. Ein Vater erläuterte, dass an seiner Schule die wohlhabenderen Eltern mehr zahlen würden, um das Angebot für die anderen Kinder mit zu finanzieren.

Alternativ könne auf die Angebote - auch außerhalb des Hortes - anderer Anbieter wie zum Beispiel Vereinen ausgewichen werden, so dass die Bezahlangebote in der Schule nicht zum Zuge kämen.

Beschluss der Sitzung:

Das Thema Einzugsbereiche wird in der nächsten Sitzung des BEA weiter behandelt.